



«Marti for president!» war der Schlachtruf meiner letzten Kolumne. Im geistigen Auge sah ich schon die Plakate meiner Favoritin am Bahnhof prangen: «Auf Marti werd' ich bauen, nur Ruth will ich vertrauen.» Ich war sicher: Ruth Antener Marti ist eine der Frauen, die sich trauen.

Fehlanzeige. «Nichts für mich!», war ihr Kommentar, als das hundertköpfige Unterstützungskomitee sie zuhause überraschte, ihr die Internationale entgegenschmettete und frech eine Zusatzstrophe trällerte: «Auf Marti werd' ich bauen ...». – «Legendär!»,

Sie will nicht. Was nun?

dachte ich. «Nichts für mich!», sagte sie. Das war präzise der Satz, mit dem mich schon Michelle Obama zur Verzweiflung gebracht hatte. Ach, im Grunde ist es doch immer dasselbe bei Wahlen: Diejenigen, die es am besten könnten, wollen nicht, und die wenigen, die sich berufen fühlen ... Schwamm drüber. Lieber einen motivierten Bürgermeister als Amtszwang.

Gespannt bin ich aber schon, wie es weitergeht mit diesen Wahlen. Setzt die SP stramm auf den Mann oder bringt sie Strahm? Der Chefredaktor dieses Kanonenblattes weiss es. Auf welche Strategie setzt der Freisinn? Lässt der Lenz uns grüssen? Sommermärchen statt Rosenkrieg? Nur eines ist hier klar: Es darf nicht (S)teuer werden. Am besten aufgestellt scheint die Volkspartei. Drei Kandidaten haben die schon aus der Tüte gezaubert, aber nur einen wollen sie im Herbst ins Rennen schicken. Nicht, dass ihnen wieder dasselbe passiert wie anno Tabak. Da standen sich zwei rüstige Volksgenossen dermassen im Weg, dass ihnen ein rasender Polit-Rowdy durch die Hosenträger schlüpfte. Er hiess Antener und blockierte 24 Jahre lang die Karriereleiter. Konkret: Das Volk der Volkspartei hat heuer die Vorwahl zwischen Gärber, Gärber, am Gärbersten und einem Berner namens Sutter, der weder Fussball spielt noch Züridütsch kann. Was aber bieten die alternativen Parteien? Die BDP hätte mit Peti & Walti zwei Mänätscher im Kader, aber die haben zu viel Stress mit ihren Voralpen-Tigern. Und die Grünen können Seiler Michel auch heuer nicht aufstellen. Die Stärenegg gehört immer noch zu Trubschachen, auch wenn Bruder Klaus von der Rothenflueh sie gerne nach Langnau versetzt hätte.

Im Vertrauen: Ich werde keinen Eingeborenen wählen. Wenn ich Marti nicht haben kann, dann nehme ich zum Trotz einen dieser erfrischenden Fremden. Aber welchen? Den bärtigen Beppi Buholzer? Den fliegenden Holländer Wilbers? Kater Karlo, unseren Charlie Hebdo aus Luxemburg? Armin Brunner, den rasenden Rad(i)ologen aus Rhäzüns? Nein, ich nehme Todd Elik. Der sucht Arbeit.

Andreas Aebi

Ja zur erleichterten Einbürgerung

Am 12. Februar können die Schweizer Stimmberechtigten darüber entscheiden, ob sich Kinder, die in der Schweiz geboren wurden und deren Grosseltern in die Schweiz eingewandert sind, sich erleichtert einbürgern lassen können. Für die Gewerkschaften und SP ist dieser Schritt längst überfällig und eine Selbstverständlichkeit; die betroffenen Kinder und Jugendlichen sind stark mit der Schweiz verbunden – es ist an der Zeit, dass wir ihnen die Hürden zur Erlangung des Schweizer Passes senken.

Kinder und junge Erwachsene, deren Grosseltern in die Schweiz eingewandert sind, gehören zu uns: Sie spielen mit uns im Fussballclub, gehen mit uns in den Kindergarten und in die Schule. Sie sind bereits gebürtige Aargauer/innen, Berner/innen, Walliser/innen und Zürcher/innen – nur ohne Schweizer Pass. Mit der erleichterten Einbürgerung für die dritte Generation tragen wir dieser schon heute gelebten Realität endlich Rechnung.

Mit der Vorlage können jährlich rund 2000 Kinder und Jugendliche erleichtert eingebürgert werden.

Sie müssen einen Antrag stellen und zahlreiche Kriterien erfüllen: Mindestens ein Grosselternteil muss in die Schweiz eingewandert sein. Und mindestens ein Elternteil muss eine Niederlassungsbewilligung erworben, zehn Jahre in der Schweiz gelebt und fünf Jahre hier die obligatorische Schule besucht haben. Das sind weiterhin (zu) hohe Hürden.

Mit der neuen Regelung kann die Einbürgerung jedoch viel rascher erfolgen als bisher und auch die kantonal unterschiedlich langen Wohnsitzfristen fallen weg. Damit haben sie viel schneller die gleichen Rechte – so können auch sie mitbestimmen und in die Schweiz aktiv mitgestalten! Das ist wichtig, denn es ist im Interesse jeder Demokratie, dass sich möglichst viele Menschen einbürgern lassen, um so möglichst alle Bewohner/innen als mündige, aktive Bürger/innen zu gewinnen!

Aus genannten Gründe sagen Gewerkschaften und SP JA zur erleichterten Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration.

Stefan Wüthrich
Gewerkschaft Unia

RICHTIG LANGOU

Der schwierige Umgang mit der eigenen Verkehrsvision

Im März 2015 hat die Gemeinde den neuen Verkehrsrichtplan der Öffentlichkeit zur Mitwirkung vorgelegt. Die Planung möchte ein generelles Tempo 30 und die Schaffung einer Begegnungszone rund um den Viehmarktplatz. Die SP Langnau begrüsst dies grundsätzlich, wünscht sich jedoch eine Ausweitung der Begegnungszonen vom Bärenplatz bis hin zur bestehenden Begegnungszone beim Bahnhof.

Nach beinahe zwei Jahren ist die Gemeinde kaum weitergekommen. Dabei geht es nur um einen Richtplan, also um eine Ausarbeitung von Grundsätzen, wie sich der Verkehr in Langnau langfristig entwickeln soll. Damit ist noch keine einzige Massnahme beschlossen, geschweige denn umgesetzt. Der zuständige Gemeinderat, Bernhard Gerber SVP, versucht das zögerliche Vorgehen hauptsächlich mit den 166 Eingaben bei der Mitwirkung zu erklären. Anfragen der BZ ergaben jedoch, dass der zuständige Verkehrsplaner Daniel Morgenthaler von Infraconsult die Eingaben längst fachlich geprüft und einen Entwurf zum Mitwirkungsbericht der Gemeinde zugestellt hat – im September 2015! (Quelle: BZ, 1.11.2016)

Diktirt der VPL die Verkehrsplanung?

Im GGR vom 31. Oktober 2016 war zu erfahren, dass die Gemeinde Gespräche mit den Gewerbetreibenden führen will. Anscheinend gibt es negative Mitwirkungsangaben aus Kreisen des Verein Pro Langnau (VPL). Der VPL hat kritische Eingaben eingereicht, weil er sich Sorgen um die Parkplatzsituation macht. Laut Verkehrsrichtplan bleiben die

Parkplätze aber erhalten! Es profitiert doch gerade das Gewerbe von einem entschleunigten und damit attraktiveren Dorfkern.

Mit anderen Mitwirkungsteilnehmenden wurde anscheinend kein Dialog geführt. Entsprechend ist das Gespräch mit dem VPL politisch höchst bedenklich, da man ihn gegenüber allen anderen bevorzugt behandelt. Es ist zu befürchten, dass den Forderungen des VPL nachgekommen wird. Mögliche Anpassungen würden kaum im Sinne der SP sein.

Und was ist eigentlich mit der Oberfeldstrasse?

Verkehrstechnische Fragen scheinen in Langnau generell einen schweren Stand zu haben. So ist der zweite Abschnitt der Oberfeldstrasse weder saniert noch ist eine Tempo-30-Zone umgesetzt, wie das die Bevölkerung in der Abstimmung von 2011 gewünscht hat. Dass auf dieser Strasse nach wie vor Tempo 50 gilt, ist unzumutbar. Die Strasse ist ein zentraler Schulweg für mehrere Schulen und Kindergärten. Unübersichtliche Rechtsvortritte werden von den zu schnell fahrenden Automobilisten regelmässig missachtet. Die Abgrenzung zwischen Trottoir und Strasse ist dermassen schlecht gelöst, dass entgegenkommende Autos häufig beim Kreuzen auf das Trottoir ausweichen.

In der Informationsveranstaltung im März 2015 wurde verkündet, dass man mit der Umsetzung des «Generell 30» im Jahre 2016 starten wird (Quelle: BZ, 26.2.2015). Jetzt ist 2017. Wie ernst ist es der Gemeinde mit der eigenen Verkehrsvision?

Christian Oswald